

Anpassung, innere Verweigerung, offener Widerstand, Repression

Der kommunistische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und dessen Zerschlagung in der Pfalz anhand neu zugänglicher Archivalien

Eine kritische und methodisch fundierte Analyse des kommunistischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur erfordert eine Quelleneinsicht in die Überlieferung des staatlichen Unterdrückungsapparates und seiner kommunistischen Kontrahenten. Die staatliche Perzeption des kommunistischen Widerstandes in der Pfalz ist seit 1980 im Bestand H 90/91 (Gestapostelle Neustadt an der Weinstraße) des Landesarchivs Speyers überliefert und entsprechend dem Landesarchivgesetz für die Forschung zugänglich.¹ Für die Parteibeirksebene Baden-Pfalz hat das Stadtarchiv Mannheim bereits 1976 die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940 herausgegeben.² Die Eigenperzeption der KPD muss dagegen aus unterschiedlichen Quellen rekonstruiert werden: Das komplexe Anleitungsverhältnis des kommunistischen Widerstandes in der Pfalz durch die Komintern-Führung in Moskau sowie durch die Auslands- und Inlandsleitung der KPD und deren Bezirksleitung in Mannheim hat erstmals 1984 Hermann Weber³ bearbeitet. Allerdings standen Weber noch nicht die originären KPD-Bestände zur Verfügung, die sich bis 1990 im Zentralen Parteiarchiv der SED befanden.⁴ Auf diese konnte erstmals Günter Braun⁵ in seiner Darstellung des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes in der Pfalz 1993 zurückgreifen. Beiden nicht zur Verfügung stand der sich seit 1999 im Aufbau befindliche Bestand Y des Stadtarchivs Ludwigshafen, der im Wesentlichen aus dem ehemaligen „Antifa-Archiv Ludwigshafen/ Privatarhiv Hermann W. Morweiser“ besteht und zahlreiche Nachlässe kommunistischer Widerstandskämpfer aus der Pfalz enthält. Weiterhin konnten weder Weber noch Braun auf die Nachlässe weiterer führender kommunistischer Handlungsakteure aus der Pfalz wie Herbert Müller und Jakob Rummer zurückgreifen, in

¹ Die Bestandgeschichte beschreibt prägnant: Maier, Franz: Gestapo-Akten im Landesarchiv Speyer aus familiengeschichtlicher Sicht, in: Pfälzisch-Rheinische Familienkunde, 58. Jahrgang 2009, Band XVI, Heft 12, S. 614 ff.

² Stadtarchiv Mannheim (Hrsg.); Schadt, Jörg (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933 – 1940, Stuttgart / Berlin (West) / Köln / Mainz 1976.

³ Weber, Hermann: Die Kommunisten, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von Erich Matthias und Hermann Weber, Mannheim 1984; S. 245-347.

⁴ Die Bestandgeschichte beschreibt kurz: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 7.

⁵ Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Landau 1993, S. 377-411. Eine 2. durchgesehene Auflage erfolgte 1997.

deren Besitz das Stadtarchiv Ludwigshafen seit 1995 ebenfalls gelangt ist und die den Bestand Y ergänzen. Aufgrund dieser verbesserten Quellenlage soll nachfolgend die bisherige Darstellung der staatlichen Perzeption und der überregionalen Leitungswahrnehmung des kommunistischen Widerstandes in der Pfalz um die Überlieferung der eigentlichen Parteibasis auf der Unterbezirksebene und ihrer Zerschlagung durch den nationalsozialistischen Repressionsapparat ergänzt werden.

1933-1935 Zwischen organisatorischem Wiederaufbau und neuerlicher Zerschlagung

Die pfälzische KPD existierte als Parteiorganisation bereits seit Dezember 1930 nicht mehr. Erst im Frühjahr 1926 nach der Auflösung des Bezirks Rhein-Saar als Parteibeatirk 24 (Pfalz) rekonstruiert,⁶ erfolgte schon im Dezember 1930 der Zusammenschluss mit dem Beatzirk Baden zum Beatzirk Baden-Pfalz mit Sitz in Mannheim. In der Pfalz wurden anschließend drei Unterbeatzirke mit Sitz in Kaiserslautern, Speyer und Frankenthal gebildet. Ende 1931 wurden die Unterbeatzirke Speyer und Frankenthal wieder aufgelöst und gemeinsam mit Ludwigshafen und der Vorderpfalz zu einem neuen Unterbeatzirk Ludwigshafen unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Herbert Müller zusammengefasst. Gleichzeitig wurde der von ihm bisher geleitete Unterbeatzirk Kaiserslautern in die drei Unterbeatzirke Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel aufgeteilt. Zusätzlich wurden Anfang 1932 noch zwei Unterbeatzirke der KPD in Kirchheimbolanden und Landau gebildet. Das südpfälzische Wörth hingegen wurde dem badischen Unterbeatzirk Karlsruhe angeschlossen.⁷ Noch im Dezember 1932 wurde der Beatzirk Baden-Pfalz dem Oberbeatzirk Südwest, bestehend aus den Beatzirken Hessen-Frankfurt, Baden-Pfalz, Hessen-Waldeck und Saargebiet, mit Sitz in Frankfurt am Main angegliedert. Im Zuge der Vorbereitungen auf eine mögliche Illegalität der Partei erhoffte sich das ZK der KPD mit der Schaffung von insgesamt acht Oberbeatzirken eine weitere Straffung der Organisation.⁸

Dennoch stand die KPD am 30. Januar 1933 der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Zwar wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen,

⁶ Vgl. Becker (Anm. 4), S. 37 ff.

⁷ „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Beatzirksleitung an den 1. Beatzirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Beatzirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932.

⁸ Vgl. Weber, Hermann: Einleitung zu „Die Generallinie.“ Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Beatzirke 1929-1933, Düsseldorf 1981, S. XCV f.

heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos.⁹ Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteiorganisation, in Mannheim noch einmal einen *Antifaschistischen Massenaufmarsch* mit rund 10.000 Teilnehmern durchzuführen.¹⁰ Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 sprach die Parteileitung der KPD bereits am 3. Februar 1933 wieder von den *Sozialfaschisten*. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte *Nichtangriffspakt* zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und weiterhin nur eine *Einheitsfront von unten* propagiert.¹¹ Vielerorts in der Pfalz – so in Kaiserslautern, Pirmasens, Neustadt, Kusel, Lauterecken und Oggersheim – war diese Einheitsfront tatsächlich zustande gekommen und lieferte sich mit den von der Polizei geschützten Demonstrationmärschen der Nationalsozialisten noch einmal blutige Scharmützel.¹² Reichsweit blieb die Arbeiterbewegung aber gespalten und stand der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die *Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes* vom 4. Februar 1933 – verbunden mit einem Demonstrationsverbot für die KPD – kampfunfähig gegenüber. Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz – schließlich wurden die Mitglieder der Bezirksleitung seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht. Dennoch wurde die Partei von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der nachfolgenden *Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat* am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten. Die von der KPD 1929 ausgegebene Parole: *Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft* bewirkte spätestens jetzt ihr Gegenteil.¹³ Hatte der Schlag vom 28. Februar 1933 vor allem der kommunistischen Parteiführung gegolten, so geriet am 2. März 1933 auch in der Pfalz die Parteibasis in das Visier der Polizei. Nicht nur wurden die Büros der Partei in Ludwigshafen und Pirmasens

⁹ Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Flugblatt vertrieben. Ein Original ist als Dokument 6 abgedruckt bei Morweiser, Hermann W.: Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen 1981.

¹⁰ Vgl. die Berichterstattung der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen, Jg. 11, Nr. 25-27 vom 30. Januar bis 1. Februar 1933.

¹¹ Vgl. Selbmamm, Fritz: Nichtangriffspakt oder proletarische Einheit?, Leipzig 1933 sowie Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1984, S. 682.

¹² Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen a. R. (im weiteren StALu), Bestand Oggersheim, Nr. 71/2 sowie die Berichterstattung der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen, Jg. 11, Nr. 29 vom 3. Februar 1933.

¹³ Vgl. Weber (Anm. 3), S. 258 f. sowie Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.

endgültig besetzt, sondern bei zahlreichen Funktionären auch in anderen Städten Hausdurchsuchungen vorgenommen und gezielt das kommunistische Werbematerial für die Reichstagswahl am 5. März 1933 beschlagnahmt.¹⁴ Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit: Reichsweit votierten am 5. März 1933 noch einmal 4.848.000 Wähler (12,3 %) für die KPD. In der Pfalz konnte sie 53.284 Wähler (9,0 %) für sich mobilisieren. Nach dem für die Nationalsozialisten enttäuschenden Wahlausgang ergoss sich die Welle des Terrors der SA-Formationen über die Arbeiterbewegung nun völlig ungehemmt.¹⁵ So wurden nach der Ernennung Ritter von Epps zum Staatskommissar für Bayern am 10. März 1933 auch in der Pfalz *im Interesse der öffentlichen Sicherheit* alle führenden KPD-Funktionäre zur Verhaftung ausgeschrieben.¹⁶ Mit dem Ermächtigungsgesetz (*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*) vom 23. März 1933 und dem *Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich* vom 31. März 1933 wurden diese Willkürakte legalisiert. Am 24. März 1933 meldete die Bezirksleitung Baden-Pfalz 900 Verhaftungen in der Pfalz, wovon 806 Betroffene in Schutzhaft überführt worden seien, darunter 450 Mitglieder der KPD. Aus Pirmasens waren 65 Festgenommene gemeldet worden, aus Zweibrücken 32 Inhaftierte. In Kaiserslautern waren es 44, und in Speyer kamen 33 KPD-Funktionäre ins Gefängnis.¹⁷ Die Mehrzahl der Opfer wurde allerdings nach Neustadt, Landau, Enkenbach und Kaiserslautern in SA-Stützpunkte und provisorische Konzentrationslager verschleppt. Ende März 1933 wurden diese Lager wieder aufgelöst und die Insassen entweder entlassen oder in das bayerische Konzentrationslager Dachau überführt.¹⁸

Mit der Verhaftungswelle ab dem 5. März 1933 war die legale Organisation der KPD zerschlagen. In den folgenden Wochen und Monaten musste die Partei in der Illegalität neu formiert werden. Praktisch handelte es sich um einen Neuaufbau der KPD, wobei als sicher gelten kann, dass es nur ein kleiner Teil der Mitglieder war, der das Risiko illegaler Arbeit auf

¹⁴ Vgl. hierzu exemplarisch für die Stadt Frankenthal: Landesarchiv Speyer (im weiteren LA SP), Bestand H 33, Nr. 946 sowie Nestler, Gerhard: Verfolgung, Widerstand, Resistenz und Verweigerung, in: Frankenthal unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler, Frankenthal 2004, S. 371 ff.

¹⁵ Vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1976, S. 287 f.

¹⁶ So wurde z.B. in Frankenthal am 10. März 1933 faktisch die komplette Führung der KPD in Schutzhaft genommen. Vgl. Nestler (Anm. 14), S. 372.

¹⁷ Vgl. den Bericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz vom 24. März 1933, in: StALu, Y, SLu 184. Die Folgen der Machtübergabe an die Nationalsozialisten beschreibt exemplarisch für den Landkreis Ludwigshafen: Schepua, Michael: Nationalsozialistische Machtmonopolisierung, Widerstand und Verfolgung in den Gemeinden des heutigen Landkreises Ludwigshafen (1933-39), Magisterarbeit an der Universität Mannheim 1992, S. 26 ff.

¹⁸ Vgl. Wunder, Gerhard: Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt a.d.W. 1985, S. 80 f.

sich nahm. Trotzdem unternahm die Bezirksleitung Baden-Pfalz unter der Führung von Franz Doll sofort alle Anstrengungen, um die Verbindung zu den einzelnen Ortsgruppen wiederherzustellen, wobei die direkte Verantwortung für die Pfalz bei Herbert Müller lag, dem bisherigen Organisationsleiter des Bezirkes. Als erste Maßnahme stellte die Bezirksleitung durch Kuriere fest, wer verhaftet worden war und wer für die Weiterarbeit in Frage kam. In die Unterbezirke Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel wurde Philipp Bertel geschickt, zusätzlich besuchte bis Mitte Mai 1933 Karl Eheim alle größeren Städte in Baden und der Pfalz.¹⁹ Aus dem Saargebiet wurde der KPD-Funktionär Heinrich Ohlmann in die Pfalz entsandt, um beim Wiederaufbau der Partei zu helfen. Ohlmann wurde aber bereits am 21. April 1933 verhaftet.²⁰ Wenig später musste auch Franz Doll, der seit Ende März 1933 in Ludwigshafen untergetaucht war, aus Sicherheitsgründen ins Ruhrgebiet versetzt werden. Sein Nachfolger als Bezirksleiter wurde in Personalunion der Oberbezirksleiter Heinrich Rau. Trotz dieser Leitungsprobleme soll es laut Herbert Müller im April 1933 möglich gewesen sein, im Bezirk Baden-Pfalz wieder fast 2.000 Mitglieder zu erfassen.²¹

Ende des gleichen Monats wurde in einem Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz die Lage in den Unterbezirken Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel als schlecht bezeichnet. Während die Unterbezirksleitung Kaiserslautern vor allem unter Verhaftungen litt, war die komplette Pirmasenser Unterbezirksleitung ins Saargebiet geflüchtet. Zu den Unterbezirken Landau und Kirchheimbolanden bestand keine Verbindung. Dagegen wurde der Unterbezirksleitung Ludwigshafen (Adam Voltz, Jakob Rummer und Karl Harth) eine gute Arbeit bescheinigt, der Übertritt einer Reihe von Sozialdemokraten zur KPD gemeldet und auf die Fortexistenz von Betriebszellen, so z.B. bei der Firma Raschig, verwiesen.²² Die Polizeidirektion Ludwigshafen berichtete über eine *stark einsetzende Tätigkeit der KPD, die äußerlich in der Herausgabe von 6 verschiedenen Flugschriften zum Ausdruck kam. Ihre schlagartige Verbreitung lässt auf eine bereits gut organisierte Agitationsgruppe schließen.* Auch fand am 1. Mai 1933 in Altrip eine Funktionärsversammlung der KPD statt.²³ Doch bereits am 2. Mai 1933 erfolgte *nach längerem Suchen* die Verhaftung von Herbert Müller in

¹⁹ Vgl. StALu, N 1 (Nachlass Herbert Müller), Nr. 53 sowie Weber (Anm. 3), S. 259 f., Braun (Anm. 5), S. 388 f. und Salm, Fritz: Im Schatten des Henkers, Frankfurt a. M. 1979, S. 48 ff.

²⁰ Vgl. von zur Mühlen, Patrik: „Schlagt Hitler an der Saar!“, Bonn 1979, S. 182.

²¹ Siehe Fußnote 20.

²² Vgl. den Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz vom 22 April 1933, in: StALu, Y, SLu 184.

²³ Vgl. Dokument 18 bei Morweiser (Anm. 9).

Mannheim, womit die KPD in der Pfalz ihres Leiters beraubt wurde.²⁴ Müller wurde anschließend unter Verweis auf seine illegale Tätigkeit für die pfälzischen Kommunisten in das KZ Dachau überstellt und dort bis zum April 1935 festgehalten.²⁵ Kurz nach Müller wurde auch Heinrich Rau verhaftet, so dass der Gesamtbezirk zwei Monate ohne einen Politischen Leiter war. Anschließend übernahm im Auftrag des ZK der KPD Otto Walter vom 14. August 1933 bis zu seiner eigenen Verhaftung am 28. Dezember 1933 diese Funktion.²⁶

Noch im Mai 1933 wurde die zentrale Führung der KPD umgestellt. Danach erfolgte die Versorgung der Bezirke mit Materialien über ein System von Grenzstellen durch die neu geschaffene Auslandsleitung der KPD in Paris. Sitz der Grenzstelle für Baden-Pfalz war Saarlouis.²⁷ An die Mitglieder wurden neue Parteikarten ausgegeben, die *den Uneingeweihten* keinen *Aufschluß über die Parteizugehörigkeit* geben sollten. Diese Konspiration wurde sofort wieder dadurch aufgehoben, dass entsprechende Exemplare bereits unmittelbar nach der Ausgabe schon im Besitz der Bayerischen Politischen Polizei waren.²⁸ Auf einer ebenfalls konspirativ am 5. August 1933 in Saarbrücken durchgeführten Tagung wurden die Vertreter der Unterbezirksleitungen durch die Bezirksleitung über den Aufbau von Kurierlinien zur Materialversorgung der Unterbezirke und Ortsgruppen informiert: Ausgehend von der zentralen Grenzstelle in Saarlouis sollten zunächst die grenznahen Unterbezirke in Pirmasens, Kaiserslautern und Kusel über eigene Kurierlinien versorgt werden²⁹ – aus Sicherheitsgründen wurden später auch einzelne Ortsgruppen bis hin nach Grünstadt direkt aus Saarlouis angelaufen,³⁰ während die Ortsgruppe in Wörth ihre Materialien aus Straßburg erhielt.³¹ Auch diese Sicherheitsmaßnahmen wurden allein schon dadurch ad absurdum geführt, dass die Bayerische Politische Polizei bereits am 9. August 1933 ein inhaltliches

²⁴ Mündliche Auskunft Herbert Müller am 20. Oktober 1993 sowie Neue Pfälzische Landes-Zeitung, Jg. 12, Nr. 100 vom 3. Mai 1933 (*Kommunist verhaftet*).

²⁵ Eine ausführliche Darstellung der Herbert Müller zum Vorwurf gemachten Aktivitäten für die pfälzische KPD seit dem 30. Januar 1933 findet sich in seinem Haftbefehl vom 3. Mai 1933, in: StALu, N 1, Nr. 15. Seine Haftbedingungen im KZ Dachau schildert Herbert Müller ausführlich in einem Interview mit Lothar Steinbach, in: Steinbach, Lothar: Mannheim - Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 327 ff. Einen Überblick über die politische Tätigkeit Müllers für die pfälzische KPD in der Weimarer Republik bis zu seiner Verhaftung am 2. Mai 1933 bietet Weber, Hermann: Der Kommunist in der Weimarer Republik, in: Der Mensch muß zur Geltung kommen, Zur Erinnerung an Herbert Müller. Hrsg. vom SPD-Stadtverband Ludwigshafen u.a., Ludwigshafen a. R. 1997, S. 12-17. Ebenda der Zeitraum von Mai 1933 bis 1944 bei Braun, Günter: Zwischen Leid und Hoffnungen, S. 17-23. Vgl. auch Morweiser, Hermann W.: Georges RICARD = Roger Frederic CLARY = Herbert Müller, Ludwigshafen a. R. 1997, S. 3-14.

²⁶ Vgl. Weber (Anm. 3), S. 265 sowie Salm (Anm. 19), S. 84.

²⁷ Vgl. Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand, Wuppertal 1980, S. 99 ff.

²⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 54, Bl. 1 ff.

²⁹ Vgl. StALu, N 1, Nr. 54, Bl. 6 ff. sowie von zur Mühlen (Anm. 20), S. 186 f.

³⁰ Mündliche Auskunft Heinrich Müsel am 14. Juli 1995.

³¹ Vgl. StALu, Y, SLu 47.

Verlaufsprotokoll der Saarbrücker Bezirksleitungssitzung einschließlich Kurierlinienverzeichnis an die nachgeordneten Polizeidienststellen verschicken konnte.³² Trotzdem zeigte die Umstrukturierung im Sommer 1933 für die KPD scheinbar erste Erfolge. So registrierte die Außenstelle Pfalz der Bayerischen Politischen Polizei bei der Polizeidirektion Ludwigshafen, dass in Ludwigshafen *seit August 1933 frühere Mitglieder der K.P.D. sich mit Gesinnungsgenossen sammeln, sich zu organisieren, geheime Besprechungen abzuhalten, Druckschriften zu verteilen begannen.*³³ Gleiches galt für die KPD in Speyer³⁴ und Kaiserslautern, das erneut von Karl Eheim aufgesucht wurde.³⁵ Das Verteilen der Druckschriften rief wiederum das schon am 21. März 1933 eingerichtete „Sondergericht für die Pfalz“ in Frankenthal auf den Plan, dass ab September 1933 im Schnellverfahren zahlreiche kommunistische Flugblattverteiler zu Haftstrafen bis zu drei Monaten verurteilte.³⁶

Im Oktober 1933 fand im Lambrechter Wald eine illegale Versammlung kommunistischer Funktionäre aus der Vorderpfalz statt. Unterbezirksleiter Adam Voltz informierte über den vorgesehenen Aufbau der illegalen Parteizellen, die anderen Teilnehmer über den Zustand der Partei in ihren Wohnorten, wobei die Lambrechter Parteiorganisation besonders positiv erwähnt wurde.³⁷ Praktisch zeitgleich tagte auch die Unterbezirksleitung in Kaiserslautern und beschloss u.a. bei den Scheinwahlen zum Reichstag am 12. November 1933 mit „Nein“ zu stimmen.³⁸ *Dadurch, daß die Polizei über die ganze Aufbauarbeit auf dem laufen gehalten wurde,*³⁹ war dies natürlich auch bei der Bayerischen Politischen Polizei bekannt und offensichtlich Provokation genug, denn bereits 14 Tage nach der Sitzung der Unterbezirksleitung begann die Polizei in Kaiserslautern mit der Verhaftung der bis dato bekannten Leitungsmitglieder.⁴⁰

Trotzdem verliefen die Scheinwahlen zum Reichstag am 12. November 1933 in der Pfalz nicht störungsfrei: So mussten die Nationalsozialisten in Lambrecht 349 Stimmenthaltungen

³² Vgl. StALu, N 1, Nr. 54, Bl. 6 ff.

³³ Vgl. StALu, N 99 (Nachlass Jakob Rummer), Nr. 1.

³⁴ Vgl. StALu, N 99, Nr. 47.

³⁵ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53, Bl. 42 f.

³⁶ Vgl. StALu, N 1, Nr. 27, Bl. 1 f.

³⁷ Vgl. Dokument 43 b bei Morweiser (Anm. 9). Zum häufigen Wechsel im organisatorischen Aufbau der Parteizellen im Jahr 1933, Duhnke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 115 f.

³⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53, Bl. 44.

³⁹ Vgl. ebenda, Bl. 42.

⁴⁰ Vgl. ebenda, Bl. 10 ff.

eingestehen, mit 13,3 % war dies der höchste Prozentsatz in ganz Deutschland.⁴¹ In der Regel leisteten jedoch auch ehemals aktive kommunistische Ortsgruppen keinen Widerstand mehr. Zum Beispiel votierten in der pfälzischen Gemeinde Mölschbach, die bis 1933 mit Heinrich Edinger einen kommunistischen Bürgermeister gehabt hatte, am 12. November 1933 von 405 Einwohnern 405 für die Liste der NSDAP. Vorausgegangen war allerdings am 15. September 1933 eine Besetzung des Dorfes durch 200 Mann Hilfspolizei, SA und SS. Dabei wurden 22 Bewohner in *Schutzhaft* genommen, da *mit dem Versuch der Fortführung marxistischer Ideen gerechnet werden muß*.⁴² Mit der gleichen Brachialgewalt waren am 7. Oktober 1933 ebenfalls 200 Polizisten und SA-Leute in Schifferstadt vorgegangen. Hier waren anlässlich des Reichstagsbrandprozesses im September 1933 antifaschistische Flugblätter aufgetaucht, worauf die Polizei mehrere Schifferstädter Kommunisten inhaftiert hatte. Als anlässlich deren Deportation ins KZ Dachau am 4. Oktober 1933 erneut Flugblätter auftauchten, wurde drei Tage später eine *umfangreiche Polizei-Aktion in den Kommunistenvierteln von Schifferstadt* durchgeführt, in deren Verlauf 15 Personen verhaftet und umfangreiches *marxistisches Schriftgut* beschlagnahmt wurde.⁴³

War es der Bezirksleitung Baden-Pfalz bis Dezember 1933 gelungen, das Erscheinen kommunistischer Publikationen wie der „Arbeiter-Zeitung“ oder der „Roten Fahne“ zu gewährleisten, war sie Ende des Jahres – nach der Einschätzung der Gestapo – hauptsächlich mit der Festigung der eigenen Organisation beschäftigt. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass allein die Bezirksleitung Baden-Pfalz während des Jahres 1933 aufgrund zahlreicher Verhaftungen viermal gewechselt hatte. Auch Adam Voltz musste aus Sicherheitsgründen die Pfalz verlassen; erst einige Monate später wurde er durch den nach einem Jahr aus dem KZ Dachau entlassenen Heizer Philipp Geis ersetzt. Zuvor bildete sich im Januar 1934 um Ernst Schwarzschild die fünfte und ab März 1934 um Kurt Müller die sechste Leitung des Bezirkes Baden-Pfalz seit 1933. Die politische Anleitung erfolgte zunächst weiter über die „Landesleitung“ in Berlin, als Oberberater für Südwestdeutschland fungierte Herbert Wehner. Zusätzlich gab die Bezirksleitung Baden-Pfalz noch ein eigenes Funktionärsorgan mit dem Titel „Vortrupp“ heraus.⁴⁴

⁴¹ Vgl. Neues Leben, Jg. 1, Nr. 1 vom 8. August 1947 (*Lambrecht – eine Hochburg des Sozialismus*).

⁴² Vgl. StALu, N 1, Nr. 52.

⁴³ Vgl. Schepua (Anm.17), S. 73.

⁴⁴ Vgl. den Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe für die Zeit vom 9. bis 15. Dezember 1933, (Anm. 2), S. 57 ff. sowie Weber (Anm. 3), S. 265 ff. und Salm (Anm. 19), S. 86 ff. Zum Funktionärsorgan „Der Vortrupp“, Stroech, Jürgen: Die illegale Presse, Leipzig 1979, S. 276 f.

Die Bezirksleitung Baden-Pfalz des Kommunistischen Jugendverbandes wurde aus dem Saargebiet angeleitet; hier war Erich Honecker der Oberberater. Illegale Unterbezirksleitungen des KJVD bestanden für Kaiserslautern und Ludwigshafen.⁴⁵ Mit *einer erhöhten Tätigkeit*⁴⁶ ab Januar 1934 riefen sie allerdings die Polizei auf den Plan, der es nach ersten Verhaftungen *wegen Vorrätighaltens illegaler Schriften des KJVD*⁴⁷ bereits am 13. März 1934 gelang, die Unterbezirksleitung Ludwigshafen vollständig zu verhaften, während die Bezirksleitung Baden-Pfalz des KJVD erst im Februar 1935 von der Gestapo aufgerollt werden konnte.⁴⁸ Neben dem KJVD war auch die kommunistische Selbsthilfeorganisation „Rote Hilfe“ eine wesentliche Vorfeldorganisation der KPD gewesen. Ihr illegaler Neuaufbau in Kaiserslautern führte am 26. Februar 1934 zu drei Verurteilungen mit Gefängnisstrafen bis zu eineinhalb Jahren durch das Oberste Landesgericht München.⁴⁹

Gegen einen der vom Verfahren gegen die Kaiserslauterner „Rote Hilfe“ Betroffenen wurde am 12. Februar 1934 vor dem II. Strafsenat des Obersten Landesgerichts in München gleich noch ein zweites Verfahren erhoben, als die bis dato ermittelten neun Mitglieder der Unterbezirksleitung Kaiserslautern – darunter auch der Instrukteur der Bezirksleitung Philipp Bertel – wegen Hochverrats angeklagt wurden.⁵⁰ Einen Tag zuvor waren *sämtliche Kriminal- und Polizeikräfte sowie zirka 300 Mann SA und SS* auch gegen die Ortsgruppe der KPD in Pirmasens sowie die dortige „Rote Hilfe“ vorgegangen. Mitten in der Nacht wurden zwei ehemalige *Verkehrslokale* der KPD während der laufenden Faschingsveranstaltung gestürmt und *bis in die frühen Morgenstunden* Hausdurchsuchungen durchgeführt. 30 KPD-Mitglieder wurden in das Amtsgerichtsgefängnis verbracht.⁵¹ Am 10. April 1934 befanden sich insgesamt 52 Pfälzer wegen kommunistischer Betätigung in Schutzhaft. Trotzdem vermeldete die Polizeidirektion Kaiserslautern *eine eifrige illegale Tätigkeit in dem ehemaligen kommunistischen Unterbezirk Kusel*.⁵² Führende Mitglieder der KPD aus der Pfalz konnten

⁴⁵ Vgl. zum KJVD zwischen 1933 und 1945: Jahnke, Karl Heinz: Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus, Berlin (Ost) 1977 sowie den Übersichtsplan des KJVD Baden-Pfalz (Anm. 2), S. 321.

⁴⁶ Vgl. Wochenbericht der Bayerischen Politischen Polizei vom 22. bis 28. Januar 1934, in: StALu, N 1, Nr. 49, Bl. 9.

⁴⁷ Vgl. ebenda Bl. 16.

⁴⁸ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 19 sowie StALu, N 1, Nr. 56, Bl. 2 ff. und StALu, N 104 (Nachlass Robert Weber), Nr. 1.

⁴⁹ Vgl. Halbmonatsbericht der Bayerischen Politischen Polizei vom 1. bis 14. März 1934, in: StALu, N 1, Nr. 49, Bl. 74.

⁵⁰ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53, Bl. 10 ff.

⁵¹ Vgl. NSZ Rheinfront, Jg. 5, Nr. 36 vom 12. Februar 1934 (*Dreißig Kommunisten verhaftet*).

⁵² Vgl. Halbmonatsbericht der Bayerischen Politischen Polizei vom 1. bis 14. April 1934, in: StALu, N 1, Nr. 49, Bl. 97. Die Aufmerksamkeit der Kaiserslauterner Polizei für den Unterbezirk Kusel war für die KPD besonders problematisch, da dieser Unterbezirk verantwortlich für die Ausschleusung gefährdeter kommunistischer Funktionäre aus dem Reich in das Saargebiet verantwortlich war. Deshalb waren dortige KPD-Funktionäre zum Teil sogar der NSDAP beigetreten, um sich

am 6. Mai 1934 bei Deidesheim eine weitere illegale Zusammenkunft durchführen. Auch beteiligte sich die Bezirksleitung Baden-Pfalz 1934 an mehreren Konferenzen südwestdeutscher Funktionäre im Saargebiet; so nahm der Instrukteur der Betriebsgruppe BASF, Paul Eble, im Oktober an einer Beratung für die illegale Arbeit in den Chemiekonzernen teil. Seit Mitte 1934 wurden vom Saargebiet auch die Unterbezirke der Partei in Pirmasens, Kaiserslautern und Kusel angeleitet, während Ludwigshafen und Kirchheimbolanden in laufender Verbindung mit der Bezirksleitung in Mannheim standen. Hierzu kam im Laufe des Jahres noch der Unterbezirk Worms, jedoch existierten weder dort noch in Kirchheimbolanden eigentliche Unterbezirksleitungen.⁵³

Trotzdem unternahmen die Kommunisten gerade im Kirchheimbolandener Unterbezirk im Jahr 1934 für den ländlichen Raum noch bemerkenswerte Aktivitäten. So erfolgte neben der Gründung einer illegalen Ortsgruppe der KPD in Eisenberg an Pfingsten 1934 bei Dannenfels auch ein Unterbezirkstreffen. Freilich blieben diese Vorgänge nicht unbeobachtet. Im August 1934 wurden die Kontaktpersonen zur Mannheimer Bezirksleitung verhaftet. Danach brach der kommunistische Widerstand im Unterbezirk zusammen. Neben Kirchheimbolanden war vor allem der Unterbezirk Ludwigshafen im August/ September 1934 von Verhaftungen betroffen⁵⁴ – daraufhin gingen auch hier die kommunistischen Aktivitäten merklich zurück.⁵⁵ Vollständig zerschlagen wurde dagegen ab Juni 1934 die Ortsgruppe der KPD in Wörth. Bereits am 12. Juli 1934 erfolgte durch das Oberste Landesgericht in München die Anklageerhebung gegen 18 Ortsgruppenmitglieder wegen Fortführung des RFB ab 1932 und der KPD ab 1933. Das Urteil vom 27. November 1934 brachte den Inhaftierten Zuchthausstrafen von bis zu vier Jahren und vier Monaten ein.⁵⁶

Seit dem 23. September 1934 war auch der Bezirksleiter Kurt Müller in Haft. Daraufhin übernahm der bisherige Organisationssekretär Karl-Heinz Hoffmann die Bezirksleitung.⁵⁷ Ab November 1934 wurden dann auch die im Februar 1934 noch nicht angeklagten Mitglieder

in SA-Uniform im Grenzgebiet bewegen zu können. Vgl. hierzu: StALu, Y, SLu 57 und mündliche Auskunft von Herbert Müller vom 20. Oktober 1993.

⁵³ Vgl. Braun (Anm. 5), S. 402 f. sowie Salm (Anm. 19), S. 91 f. und Meinzer, Lothar: Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen a. R. 1991, S. 21.

⁵⁴ Vgl. Lehna, Britta: Kirchheimbolanden. Die Geschichte der Stadt, Band II, Kirchheimbolanden 1992, S. 48 sowie Morweiser (Anm. 9), S. 21 und StALu, N 99, Nr. 2.

⁵⁵ Vgl. beispielhaft für die Stadt Frankenthal: Nestler (Anm. 14), S. 379.

⁵⁶ Vgl. StALu, Y, SLu 47. Zum 1929 reichsweit bereits verbotenen RFB (Roter Frontkämpferbund) auch Becker, Klaus J.: Spartakus, Rote Front, Antifa. Ausübung und Instrumentalisierung politischer Gewalt in der Weimarer Republik am Beispiel des Bezirkes Pfalz der KPD, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, Band 107, Speyer 2009, S. 413 ff.

der Unterbezirksleitung Kaiserslautern verhaftet.⁵⁸ Im Rahmen einer regelrechten Prozesslawine wurden anschließend zwischen dem 5. und 21. Dezember 1934 die im August / September 1934 verhafteten pfälzischen Kommunisten durch den II. Strafsenat des Obersten Landesgerichts in München abgeurteilt: Bezirksleiter Kurt Müller erhielt sechs Jahre Zuchthaus, die Instrukteure Albert Müller, August Fend, Friedrich Wilhelm Schäfer, Ludwig Mauerer und Sofie Volley erhielten Strafen zwischen 18 Monaten Gefängnis und drei Jahren Zuchthaus. Die Leitungsmitglieder der Unterbezirke Kirchheimbolanden und Ludwigshafen Karl Kaufhold und Karl Harth blieben acht und zehn Monate in Haft.⁵⁹

Ende 1934 wurde die KPD im Reich reorganisiert, so dass an die Stelle von bisher 28 Parteibezirken insgesamt 48 Bezirksparteiorganisationen traten, die zu neun Oberbezirken zusammengefasst wurden. Die illegale Bezirksleitung in Mannheim war laut Fritz Salm nur noch für Nordbaden und die Pfalz zuständig. Demgegenüber schreibt Karl-Heinz Hoffmann, dass Mannheim nur noch für Nordbaden und Kaiserslautern für die Bezirksparteiorganisation Pfalz zuständig war. Beide gehörten danach zum Oberbezirk Südwest.⁶⁰ Freilich ist zu berücksichtigen, dass die von der Auslandsleitung – die Inlandsleitung wurde im März 1935 verhaftet – angeordnete Einteilung nicht selten nur auf dem Papier existierte, weil in der Praxis des Widerstandskampfes die oft irrealen Anweisungen der zentralen Leitung nicht befolgt werden konnten. Zudem hatte von allen Bezirksleitungen im Reich die Mannheimer Leitung die meisten Verhaftungen zu beklagen. Anfang Januar 1935 musste Bezirksleiter Hoffmann vor der Gestapo aus dem Untersuchungsgebiet flüchten, nachdem die Oberberaterin des Zentralkomitees für Südwestdeutschland, Maria Krollmann, in Mannheim verhaftet worden war. Weiterhin musste Paul Eble die Anleitung der Betriebsgruppe BASF und die auch nach 1933 ununterbrochene Herausgabe der KPD-Betriebszeitung „Aniliner“ einstellen.⁶¹

Am 25. Februar 1935 wurden acht Mitglieder der KPD in Speyer wegen Fortführung der Organisation verhaftet – zahlreiche weitere Verhaftungen folgten.⁶² Weiterhin wurden ab dem

⁵⁷ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 21 f. und StALu, N 99, Nr. 2.

⁵⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53, Bl. 33 ff.

⁵⁹ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 22 sowie StALu, N 99, Nr. 2.

⁶⁰ Vgl. Hoffmann, Heinz: Mannheim, Madrid, Moskau, Berlin (Ost) 1981, S. 211 sowie Salm (Anm. 19), S. 107.

⁶¹ Vgl. Weber (Anm. 3), S. 264 ff. sowie Salm (Anm. 19), S. 74 ff. und Hoffmann (Anm. 60), S. 251 ff. Zur Betriebszeitung „Der Aniliner“, Stroech (Anm. 44), S. 101.

⁶² Vgl. StALu, N 99, Nr. 47.

14. März 1935 sechs Mitglieder der Unterbezirksleitung Kusel in Schutzhaft genommen.⁶³ Mit der Anklage gegen 16 Kaiserslauterner Kommunisten am 30. April 1935 vor dem Oberlandesgericht München waren die Ermittlungen gegen die dortige Unterbezirksleitung abgeschlossen – seit den ersten Verhaftungen im Oktober 1933 war die Unterbezirksleitung nicht mehr hervorgetreten. Zusätzlich wurde den Kaiserslauterner Kommunisten nun ebenfalls ein illegaler Wiederaufbau des RFB im Jahr 1932 vorgeworfen.⁶⁴ Mitte Mai 1935 bestand in Mannheim keine Bezirksleitung mehr, nachdem zuvor mit der Verhaftung von Karl Gräse auch die siebte seit 1933 von der Gestapo zerschlagen worden war.⁶⁵ Am 12. Juni 1935 begann vor dem II. Strafsenat des Oberlandesgerichts in München der Prozess gegen die sechs Mitglieder der Unterbezirksleitung Kusel. Ernst Werner erhielt als Hauptangeklagter elf Monate Strafhaft wegen Hochverrats. Nach der Haftverbüßung wurde er ins KZ Dachau überführt und nach seiner Entlassung 1940 zum Strafbataillon 999 einberufen.⁶⁶ Mitte Juni 1935 wurden auch die 1933 ins KZ Dachau deportierten Schifferstädter Kommunisten erneut verhaftet, da sie nach ihrer Entlassung ihre Zusammenkünfte fortgesetzt hatten. Zwar stellte die Staatsanwaltschaft im September 1935 das Verfahren wegen Hochverrats ein, für den Schifferstädter KPD-Vorsitzenden Peter Imo kam dies jedoch zu spät: Er war in seiner Zelle in der Frankenthaler Strafanstalt erhängt aufgefunden worden.⁶⁷

Am 10. Juli 1935 erfolgte das zweite Urteil gegen die Kaiserslauterner Unterbezirksleitung: Zwölf Angeklagte erhielten Strafen zwischen vier Jahren Zuchthaus und einem Jahr Gefängnis. Von den zwölf Verurteilten blieb Oskar Brill bis 1945 in Haft, Otto Michel wurde 1942 im KZ Ravensbrück ermordet.⁶⁸ Am 31. August 1935 begann vor dem II. Strafsenat des Oberlandesgerichts München der Prozess gegen 28 Speyerer KPD-Mitglieder. Auch hier erfolgte die Anklage nicht nur wegen der Fortführung der KPD 1933/34, sondern auch wegen des Wiederaufbaus des illegalen RFB 1932.⁶⁹ Praktisch zeitgleich wurde in Ludwigshafen mit Jakob Rummer der Instrukteur der Unterbezirksleitung für die Ortsgruppe Speyer verhaftet und am 30. September 1935 per Nachtragsanklage zunächst in das Speyerer Verfahren vor

⁶³ Vgl. StALu, Y, SLu 57.

⁶⁴ Vgl. StALu, N 1, Nr. 72, Bl. 40 ff.

⁶⁵ Vgl. Weber (Anm. 3), S. 264 ff.

⁶⁶ Vgl. StALu, Y, SLu 57.

⁶⁷ Vgl. Schepua, Michael: Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz, Mannheim 2000, S. 452 ff.

⁶⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53, Bl. 69 und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Nr. 0973 sowie LA SP, V 52 / 128.

⁶⁹ Vgl. StALu, N 99, Nr. 48 und Morweiser, Hermann W.: Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer, Speyer 1983, S. 48 ff.

dem OLG in München aufgenommen.⁷⁰ So überrascht es nur wenig, dass nach den Berichten der Gestapo die Bezirksorganisation der KPD seit September 1935 kaum noch in Erscheinung trat.⁷¹ Von den ursprünglich 28 angeklagten Speyerer Kommunisten wurden letztlich am 31. Oktober 1935 *wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens* nur acht verurteilt. Das Strafmaß reichte von drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus bis zu einem Jahr Gefängnis. Trotz der zahlreichen Freisprüche war damit auch in Speyer die KPD zerschlagen.⁷²

Am 14. November 1935 wurden in Lambrecht 20 Kommunisten verhört und anschließend sieben auf Betreiben des Bürgermeisters in Schutzhaft genommen.⁷³ Am gleichen Tag erhielt der schon am 4. Februar 1935 verhaftete ehemalige Unterbezirksleiter von Ludwigshafen, Adam Voltz, für seine Aktivität im Rahmen dieser Funktion zehn Jahre Zuchthaus, die er bis zum 19. April 1945 absitzen musste.⁷⁴ Kurz darauf wurde am 10. Dezember 1935 in einem separaten Verfahren mit Jakob Rummer ein weiterer Instrukteur der Unterbezirksleitung Ludwigshafen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt – als Zeuge der Anklage fungierte ein Verurteilter aus dem vorangegangenen Prozess gegen die Speyerer KPD.⁷⁵ Nach der Haftverbüßung wurde Rummer noch bis zum 8. Mai 1939 im KZ Dachau als Schutzhäftling festgehalten.⁷⁶ Am 27. Dezember 1935 wurde in Frankenthal auch die „Gruppe Karl Huber“ zerschlagen: Ein Gesprächskreis ehemaliger Mitglieder von KPD, SPD und SAP, die damit die seit Mitte 1934 gültige Volksfrontpolitik der Komintern nachvollzogen hatten. Während seine Gesinnungsgenossen im Mai 1936 wieder freigelassen wurden, wurde das KPD-Mitglied Huber am 21. Juli 1936 *wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens* zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis verurteilt und anschließend bis 1945 in den Konzentrationslagern Dachau, Mauthausen und Buchenwald festgehalten.⁷⁷

1936-1939 Widerstand auf kleiner Flamme

⁷⁰ Vgl. StALu, N 99, Nr. 49.

⁷¹ Vgl. Lageberichte des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe ab dem 1. September 1935 (Anm. 2), S. 161 ff.

⁷² Vgl. StALu, N 99, Nr. 51.

⁷³ Vgl. LA SP, Bestand H 90, Bl. 2452.

⁷⁴ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 23 ff.

⁷⁵ Vgl. StALu, N 99, Nr. 52.

⁷⁶ Vgl. StALu, N 99, Nr. 55.

⁷⁷ Vgl. Nestler (Anm. 14), S. 380 und StALu, Y, SLu 49.

Ende 1935 wurden von der KPD in den Nachbarländern Deutschlands so genannte Abschnittsleitungen gebildet, welche die illegalen Organisationen im Reich anleiten und unterstützen sollten. Die Neuorganisation war nach der Rückgliederung des Saargebiets notwendig geworden; die Kurierlinien nahmen ihren Anfang nun an der wesentlich stärker überwachten deutsch-französischen Grenze. Das bisherige „Schlupfloch“ Kusel war für die KPD damit ebenfalls verstopft. Während die illegalen Organisationen der KPD in der Vorderpfalz deshalb gemeinsam mit dem Bezirk Baden nun durch die Abschnittsleitung Süd in Zürich angeleitet werden sollten, war die Abschnittsleitung Saargebiet mit Sitz in Paris neben dem Saargebiet weiterhin auch für die Westpfalz zuständig.⁷⁸ Entsprechend wurde für dieses Gebiet eine „KPD Saarpfalz“ als neue illegale Gliederung etabliert. Am 19. März 1936 wandte sie sich gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Landespartei Saargebiet gegen die militärische Besetzung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht.⁷⁹ Zur Reichstagswahl am 29. März 1936 wurden von der KPD sowohl in Mannheim als auch in Ludwigshafen und Kaiserslautern gleich lautende Klebezettel mit Aufrufen zum Wahlboykott verbreitet.⁸⁰ Allerdings bestand schon Mitte April 1936 keine direkte Verbindung mehr zwischen der Bezirksleitung in Mannheim und der Vorderpfalz. Bekannt war nur noch eine funktionierende Ortsgruppe der KPD in Lambrecht. Die Betriebszelle in der BASF bestand nur noch aus Mannheimer Kommunisten.⁸¹ Zum 1. Mai 1936 erschien zum letzten Mal eine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“.⁸² Dennoch gab es unter der Führung des früheren badischen KPD-Landtagsabgeordneten Georg Lechleiter weiterhin Zusammenkünfte Mannheimer Kommunisten, die wohl auch wieder Kontakt zu Kommunisten unter der Belegschaft der BASF sowie zu den Mitgliedern der KPD in Ludwigshafen, Speyer, Frankenthal und Lambrecht suchten.⁸³ Allerdings fand zwischen dem 17. Juni und 10. August 1936 in der Vorderpfalz – betroffen waren insbesondere wieder Ludwigshafen, außerdem Lambrecht, Lamsheim, Maxdorf und Neuhofen – eine massive Verhaftungsaktion der Gestapo unter den Mitgliedern der KPD statt, was eine organisierte Zusammenarbeit erschwert haben dürfte. Anlass für die Verhaftungen waren aber nicht die Klebezettelaktion mit den Aufrufen zum

⁷⁸ Der Sitz der Abschnittsleitungen des ZK der KPD und ihr Anleitungsbereich zwischen 1935-1939 ist dokumentiert bei Mammach, Klaus: Widerstand 1933-1939, Köln 1984, S. 170.

⁷⁹ Vgl. Dokument 39 bei Morweiser (Anm. 9).

⁸⁰ Vgl. StALu, N 1, Nr. 54 und Nr. 71 f.

⁸¹ Vgl. Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED, RY 1 / I 3/25/49.

⁸² Das Titelblatt ist veröffentlicht, in: Der Fall Vorbote. Hrsg. von der VVN-BdA Kreis Heidelberg, Heidelberg 2002, S. 9.

⁸³ Während die kommunistischen Autoren Mammach (Anm. 78), S. 168, Salm (Anm. 19), S. 131 ff. und Morweiser (Anm. 9), S. 27 in ihren Darstellungen deshalb ab 1936 von der Existenz einer neuen Bezirksleitung für Nordbaden und die Pfalz unter der Leitung von Georg Lechleiter ausgehen, widerspricht Weber (Anm. 3), S. 275 f. und S. 323 ff. dieser Annahme.

Wahlboykott vom März 1936, sondern wieder aufgenommene Ermittlungsverfahren gegen die schon im August/ September 1934 zerschlagene Ludwigshafener Unterbezirksleitung der KPD. *Wertvolle Dienste auch bei dem neuerdings wieder aufgenommenen Ermittlungsverfahren* leistete dabei ein ehemaliges KPD-Mitglied, das sich *auf ausdrückliches Verlangen der Polizei in den Kreisen der illegalen KPD Eingang verschafft und auf diese Weise der Polizei in ihrer Tätigkeit unterstützt* hatte.⁸⁴ Weiterhin konnte die Außenstelle Pfalz der Bayerischen Politischen Polizei bei der Polizeidirektion Ludwigshafen *bei den neuerdings wieder aufgenommenen Verhandlungen zur weiteren Klärung des hochverräterischen Unternehmens* auf einen der im Dezember 1934 verurteilten Instrukteure zurückgreifen, der sich schon *bei seiner damaligen Vernehmung am zugänglichsten gezeigt und sehr viel zur Überführung der Mitschuldigen beigetragen* hatte. Ihm wurden nun auch die erst 1936 Verhafteten *gegenübergestellt, wobei er stets seine Angaben aufrecht erhielt und zu einem Geständnis derselben beitrug*. Die Belohnung für diese Dienste war der Verzicht auf die Verhängung einer in einem KZ zu verbringenden „Schutzhaft“ nach der Haftentlassung, die bei seinen weniger kooperativen Mitgefangenen die Regel war.⁸⁵ Die gleiche „Belohnung“ erhielt ein weiterer, ebenfalls schon im Dezember 1934 verurteilter Instrukteur, der erst nach eineinhalb Jahren Zuchthaus *aus seiner Verstocktheit* herausgetreten war und anschließend *anbot, zur restlosen Aufklärung der Aktion von 1934 beizutragen*. Ihm wurden die erst 1936 verhafteten Mitglieder der ehemaligen Ludwigshafener Unterbezirksleitung sogar wiederholt *gegenübergestellt, wobei er offensichtlich auch seine engsten früheren Mitarbeiter nicht im geringsten geschont* hatte.⁸⁶

Ebenfalls ab dem 17. Juni 1936 wurden die nebeneinander bestehenden Polizeiverwaltungen in den deutschen Ländern zusammengeführt: Die regionalen Dienststellen der Gestapo erhielten einheitlich die Bezeichnung Staatspolizeistellen. Dementsprechend führte ab dem November 1936 auch die bisherige Außenstelle Pfalz der Bayerischen Politischen Polizei in Ludwigshafen nun die Bezeichnung „Staatspolizeistelle für die Pfalz“. Bereits am 15. Februar 1937 wurde sie an den Sitz der Gauleitung nach Neustadt an der Weinstraße verlegt.⁸⁷ Die KPD reagierte auf diese Zentralisierungsmaßnahmen mit einem Strategiewechsel: Im Dezember 1936 forderte die „operative Leitung des Politbüros der KPD“ in ihren *Richtlinien für Arbeiten in Baden/ Pfalz 1936-1937*, die Parteiaktivitäten aus den Arbeiterwohngebieten

⁸⁴ Vgl. StALu, N 99, Nr. 11.

⁸⁵ Vgl. StALu, N 99, Nr. 14.

⁸⁶ Vgl. StALu, N 99, Nr. 41.

⁸⁷ Vgl. Maier (Anm. 1), S. 616.

in die Betriebe und die NS-Massenorganisationen zu verlagern.⁸⁸ Wer dies aber versuchte, dem drohte wiederum der Zugriff der Gestapo: So wurde bereits am 2. Dezember 1936 der bekannte Ludwigshafener KPD-Aktivist August Neu wegen *kommunistischer Mundpropaganda und Veranstaltung eines Gemeinschaftsempfanges der Moskauer Sendungen* inhaftiert und trotz Freispruchs durch das Oberlandesgericht Stuttgart am 22. Juli 1937 in das KZ Welzheim überführt.⁸⁹

Einen hohen Abschreckungsgrad hatte auch das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 12. Mai 1937 gegen die von Juni bis August 1936 inhaftierten 24 Angehörigen der schon im August/ September 1934 zerschlagene Ludwigshafener Unterbezirksleitung der KPD.⁹⁰ Zwar war bereits in der Anklageschrift des II. Strafsenats des Oberlandesgerichts München festgestellt worden, dass *nur ein Bruchteil der illegalen Tätigkeit festgestellt werden konnte*.⁹¹ Trotzdem erhielten die Angeklagten Haftstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus und einem Jahr Gefängnis.⁹² Trotz der zahlreichen Gegenüberstellungen und des Einsatzes des *Vertrauensmannes*, der *in den Verhandlungen nicht erwähnt werden durfte*,⁹³ war es der Gestapo im Wesentlichen nur gelungen, die Ludwigshafener Unterbezirksleitung der KPD bis Ende 1933 aufzurollen.⁹⁴ So erhielt z.B. der letzte Unterbezirksleiter Philipp Geis nur eine Haftstrafe von achtzehn Monaten für seine vorangegangene Tätigkeit als Leiter der illegalen KPD-Ortsgruppe Ludwigshafen-Süd. Nach der Haftentlassung wurde Geis ins KZ Buchenwald verschleppt, wo er als Mitglied der illegalen Lagerorganisation der KPD 1940 ermordet wurde.⁹⁵

Nach dem Lagebericht der Gestapo war die kommunistische Tätigkeit im Bereich Nordbaden/Pfalz im Jahr 1937 bereits deutlich zurückgegangen. Die Verbindungen zwischen der zentralen Führung und der Mannheimer Bezirksleitung waren zum gleichen Zeitpunkt nur noch sporadisch.⁹⁶ Ein schwerer Schlag gegen die Versorgung der verbliebenen Widerstandsgruppen mit illegalen Materialien der kommunistischen Exilleitung gelang der

⁸⁸ Vgl. Salm (Anm. 19), S. 139 ff. und Weber (Anm. 3), S. 326.

⁸⁹ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 29.

⁹⁰ Vgl. LA SP, Bestand H 90, B 3273.

⁹¹ Vgl. StALu, N 99, Nr. 33a.

⁹² Vgl. LA SP, Bestand H 90, B 3273.

⁹³ Vgl. StALu, N 99, Nr. 15.

⁹⁴ Vgl. StALu, N 99, Nr. 33a.

⁹⁵ Vgl. LA SP, Bestand H 90, B 3273 sowie Morweiser (Anm. 9), S. 22 ff. und Salm (Anm. 19), S. 62 ff.

⁹⁶ Vgl. den Lagebericht der Staatspolizeileitstelle in Karlsruhe vom 5. Januar 1938, (Anm. 2), S. 194 ff.

Gestapo im Oktober 1938 mit einer Razzia auf verdächtigen Rheinkähnen. Aus einer Reihe von Prozessen wusste die Gestapo, dass diese zum Transport der Materialien sowohl aus Frankreich als auch aus den Niederlanden genutzt wurden. Unter den verhafteten Rheinschiffnern befanden sich auch die Gebrüder Hermann und Hugo Steigleiter aus Speyer, die am 19. März 1940 vom III. Senat des Volksgerichtshofs in Berlin wegen Landesverrats zum Tode verurteilt und am 6. November 1940 hingerichtet wurden.⁹⁷ Nach der erfolgreichen Razzia trat die KPD im Regierungsbezirk Pfalz in organisatorischer Hinsicht zunächst nicht mehr in Erscheinung;⁹⁸ Verhaftungen *wegen kommunistischer und marxistischer Umtriebe (im weiteren Sinne)* erfolgten aber weiterhin. Noch im Mai 1939 meldete die Neustädter Gestapo acht solcher Festnahmen, darunter eine *wegen illegaler Betätigung für die KPD*.⁹⁹

1939-1945 Das lange Warten auf die Befreiung

Während mit Beginn des Zweiten Weltkrieges z.B. in Grünstadt die Mitglieder der KPD von ihrer eigenen Kurierlinie abgeschnitten wurden und daraufhin mangels Instruktionen jegliche antifaschistische Aktivität einstellten,¹⁰⁰ nahmen zeitgleich am nur noch formalen Sitz der Bezirksleitung in Mannheim die Aktivitäten der KPD auch ohne „zentrale Anleitung“ wieder zu. Auf Initiative von Georg Lechleiter begann 1940 der Wiederaufbau der Mannheimer „Roten Hilfe“. Zu Beginn des Jahres 1941 erfolgte eine Verstärkung der kommunistischen Tätigkeit; u.a. strebte man den Wiederaufbau von Stützpunkten der KPD in der benachbarten Pfalz – insbesondere bei der BASF in Ludwigshafen – an, um die Voraussetzungen zur Bildung einer neuen Bezirksleitung der KPD in Nordbaden und der Pfalz zu schaffen.¹⁰¹ Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begannen die Mannheimer Kommunisten ab September 1941 mit der Herausgabe einer neuen illegalen Zeitung mit dem Titel „Der Vorbote“, die – als internes Rundschreiben („Kadermaterial“) konzipiert – eine Auflage zwischen 50 und 200 Exemplaren hatte und von der insgesamt lediglich vier Ausgaben erschienen.¹⁰² Ab November 1941 wurden Exemplare des „Vorboten“ auch in Ludwigshafen weitergereicht und Einzelausgaben per Post in der Pfalz vertrieben.¹⁰³

⁹⁷ Vgl. Morweiser (Anm. 69), S. 102 ff. sowie StALu, Y, SLu 43.

⁹⁸ Vgl. Dokument Nr. 49 bei Morweiser (Anm. 9).

⁹⁹ Vgl. StALu, Y, SLu 48.

¹⁰⁰ Mündliche Auskunft Heinrich Müsel am 14. Juli 1995.

¹⁰¹ Vgl. Weber (Anm. 3), S. 329 ff. sowie Oppenheimer, Max: Der Fall Vorbote, Frankfurt a. M. 1969, S. 32 ff. und StALu, Y, SLu 52.

¹⁰² Vgl. Kopien aus den Ausgaben des „Vorboten“, in: StALu, Y, SLu 46; Inhaltsauszüge, in: VVN-BdA (Anm. 82), S. 13 ff.

¹⁰³ Siehe Fußnote 101.

Schon im Herbst 1941 hatte die „Lechleiter-Gruppe“ Kontakt zu dem in Landau wohnenden KPD-Mitglied Karl Henrich aufgenommen, der mit dem Aufbau von kommunistischen Kleingruppen in der Pfalz beauftragt wurde. Das anschließend von Henrich informierte ehemalige Mitglied der Bezirksleitung Pfalz, Gustav Süß, lehnte zwar hierbei eine Mitarbeit ab, informierte über den Vorgang aber offensichtlich die Gestapo.¹⁰⁴ Unabhängig davon wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion von den staatlichen Verfolgungsbehörden weitere Anzeichen illegaler Arbeit von Kommunisten in der Pfalz auch ohne Kontakt zur Mannheimer Bezirksleitung wahrgenommen.¹⁰⁵ Die wieder aufgeflamten kommunistischen Aktivitäten führten sofort zu einer sorgfältigen Beobachtung mutmaßlicher Regimegegner. Bereits am 26. Februar 1942 wurden die Mannheimer Herausgeber des „Vorboten“ verhaftet. In der Folge beschuldigte Lechleiter mittels Kassiber Gustav Süß des Verrats ihrer Widerstandsorganisation.¹⁰⁶ Am 15. Mai 1942 wurden 14 Angehörige der „Lechleiter-Gruppe“ – darunter die führenden Männer Georg Lechleiter, Jakob Faulhaber und Rudolf Langendorf – vom Volksgerichtshof wegen *Vorbereitung zum Hochverrat* zum Tode verurteilt und am 15. September 1942 hingerichtet.¹⁰⁷ In einem zweiten Prozess gegen die „Lechleiter-Gruppe“ ab dem 21. Oktober 1942 wurden fünf Angeklagte – darunter der aus Frankenthal stammende Ludwig Neischwander – wegen der Verteilung des „Vorboten“ zum Tode verurteilt und am 24. Februar 1943 ebenfalls hingerichtet.¹⁰⁸

Neben dem „Vorboten“ gab auch die Westleitung der KPD in Frankreich für die „Kommunistische Partei Deutschlands – Mittelrhein-Saarpfalz“ zwischen Ende 1942 und Oktober 1943 unter dem Titel „Die Stimme des Volkes“ eine illegale Zeitung heraus, wovon 19 verschiedene Ausgaben in einer Auflage von 150 bis 200 Exemplaren ins Untersuchungsgebiet geschuggelt wurden.¹⁰⁹ Unabhängig hiervon wurde auch in der Pfalz noch Widerstand geleistet. So gründete der Speyerer Sozialdemokrat Jakob Schultheis im September 1942 einen Spenderkreis („Speyer-Kameradschaft“) zur materiellen Unterstützung

¹⁰⁴ Die pfälzische KPD stellte unmittelbar nach der Befreiung eigene Nachforschungen zum damaligen Verhalten von Gustav Süß an, die seine Gestapo-Tätigkeit ab 1942 belegen. Vgl. StALu, N 1, Nr. 151.

¹⁰⁵ Vgl. den Monatsbericht des Landratsamtes Kirchheimbolanden vom 27. September 1941 zur KPD in Marnheim. Veröffentlicht bei Lehna (Anm. 54), S.76 ff.

¹⁰⁶ Gustav Süß wurde 1945 wegen dieses Vorwurfes in der SBZ verhaftet und kam im sowjetischen Internierungslager Buchenwald zu Tode. Für diesen Hinweis danke ich Karl-Heinz Schwarz-Pich.

¹⁰⁷ Kopien des Urteils finden sich ebenfalls in StALu, Y, SLu 46.

¹⁰⁸ Zur Biografie von Ludwig Neischwander vgl.: „Es gilt den Kampf“. Hrsg. von der Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall, Frankenthal 1984, S. 76 ff. und StALu, Y, SLu 46.

¹⁰⁹ Vgl. Pech, Karlheinz: An der Seite der Resistance, Frankfurt a. M. 1974, S. 41 und S. 359 sowie Zorn, Edith: Einige neue Forschungsergebnisse zur Tätigkeit deutscher Antifaschisten, die an der Seite der französischen Resistance kämpften, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2, Berlin (Ost) 1965, S. 304.

des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann sowie seiner Familie. Der Gruppe um Jakob Schultheis schlossen sich nicht nur Mitglieder der KPD an, sondern sie stand auch im persönlichen Kontakt mit der Ehefrau und der Tochter Thälmanns, weshalb am 16. April 1943 Schultheis und weitere Mitglieder des Spenderkreises verhaftet wurden. Am 15. Februar 1944 wurde Schultheis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt; seine Mitangeklagten erhielten hohe Haftstrafen. Schultheis wurde noch am 19. März 1945 hingerichtet.¹¹⁰

Ab Januar 1943 wurden bekannte Ludwigshafener Kommunisten, wie Jakob Rummer,¹¹¹ Robert Weber,¹¹² August Fend¹¹³ und Willy Feller¹¹⁴ zur Bewährungseinheit 999 einberufen. In deren Reihen fand u.a. der Neustadter Kommunist Jakob Hauptmann den Tod.¹¹⁵ Von den Verhaftungen im Rahmen der so genannten „August-Aktion“, die in Folge des missglückten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 durchgeführt wurde und den letzten Rest irgendwie marxistisch verdächtiger Personen umfasste,¹¹⁶ waren zusammen mit mehreren Antifaschisten in Kaiserslautern der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Müller,¹¹⁷ und in Frankenthal der ehemalige Ortsgruppenleiter Ludwig Westermann¹¹⁸ betroffen.

Seit Frühjahr 1944 hatte auch Karl Henrich einen neuerlichen Versuch unternommen, zumindest in der Südpfalz die KPD wieder zu beleben. Dies blieb der Gestapo nicht verborgen und führte am 9. August 1944 zur Festnahme von Henrich und drei seiner Mitstreiter. Noch am 16. Dezember 1944 wurde vor dem Volksgerichtshof in Berlin gegen Henrich sowohl als Mitarbeiter der „Lechleiter-Gruppe“ 1941/42 als auch wegen der Bildung der Landauer Widerstandsorganisation ab 1944 der Prozess eröffnet. Während Henrich

¹¹⁰ Vgl. Morweiser (Anm. 69), S. 146 ff. sowie Grübel, Egon (Pseudonym: Thilo Gabelmann): Thälmann ist niemals gefallen?, Berlin 1996, S. 175 ff. und die Anklageschrift I, in: StALu, Y, SLu 42 sowie die Anklageschrift II des Volksgerichtshofes vom 28. Dezember 1944 und das Urteil vom 15. Februar 1945, in: StALu, N 25 (Nachlass Friedrich Wilhelm Wagner), Nr. 38.

¹¹¹ Vgl. StALu, N 99, Nr. 155.

¹¹² Vgl. StALu, N 104, Nr. 2.

¹¹³ Vgl. Schneider, Wolfgang: „Ich wechsle meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996.

¹¹⁴ Vgl. Becker (Anm. 4), S. 434 f.

¹¹⁵ Vgl. Morweiser (Anm. 9), S. 41 und Wunder (Anm. 18), S. 83.

¹¹⁶ Vgl. Dietmar, Udo: Häftling ...X... in der Hölle auf Erden, Mainz 1946, S. 77. Zur Debatte über die Einbeziehung der KPD in die Bewegung des 20. Juli 1944 vgl. Mommsen, Hans: Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz, Köln 1993, S. 236 ff.

¹¹⁷ Vgl. Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. 2. Auflage, Berlin 2008, S. 621 f.

¹¹⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 151.

abschließend zum Tode verurteilt wurde, erhielt der Landauer Mitangeklagte Josef Nann eine hohe Zuchthausstrafe. Beide wurden im März 1945 von der Amerikanischen Armee befreit.¹¹⁹

Fazit

Die Verhaftung der Landauer Widerstandsgruppe 1944 war der symbolische Schlusspunkt einer organisierten Untergrundarbeit der KPD im Untersuchungsgebiet. Zwar war es der KPD an ihren ehemaligen Schwerpunkten gelungen, so z.B. in der Region Kusel¹²⁰ und der Stadt Frankenthal,¹²¹ informelle Strukturen bis zur Befreiung zu erhalten, was ihr schon März 1945 – weit vor den demokratischen Parteien – den politischen Neubeginn ermöglichte.¹²² Gemessen an seinen ursprünglichen Zielen war der Widerstand der KPD allerdings auch hier erfolglos geblieben. Spätestens 1935 waren ihre organisatorischen Zusammenhänge im Wesentlichen zerschlagen. Aktiven – gar gewaltsamen – Widerstand gegen den Faschismus konnte die KPD schon zuvor kaum leisten.¹²³ Ab jetzt trat man dem Nationalsozialismus nur noch symbolisch entgegen, so z.B. im Oktober 1936, als Unbekannte in der Frankenthaler Schnellpressfabrik Hammer und Sichel an die Wand pinselten¹²⁴ oder im November 1938, als in Grünstadt der Schaukasten des antisemitischen NS-Hetzblattes „Der Stürmer“ durch den späteren KPD-Ortsgruppenleiter „entglast“ wurde.¹²⁵ Gemessen an diesen für den NS-Staat unbedrohlichen Widerstandsformen war die staatliche Repression zügellos: Allein die Kreisorganisation Kusel verzeichnete in einer 1948 erstellten Liste sieben Parteimitglieder, die in der Konzentrationslagerhaft ums Leben gekommen waren.¹²⁶ Todesopfer wurden sowohl führende Parteifunktionäre, wie der 1934 ermordete Ludwigshafener Reichstagsabgeordnete Eugen Herbst,¹²⁷ als auch eigentlich nur zu geringen Haftstrafen verurteilte einfache Parteimitglieder, wie der Kaiserslauterner Kommunist Otto Michel.¹²⁸ Dennoch wurden bereits 1949 kommunistische Widerstandskämpfer in neu angelegten

¹¹⁹ Vgl. Oppenheimer (Anm. 101), S. 35 f., Morweiser (Anm. 9), S. 43 sowie die Anklageschrift des Volksgerichtshofes vom 16. Dezember 1944 gegen Karl Henrich und Josef Nann, in: StALu, Y, SLu 52.

¹²⁰ Vgl. Klocksinn, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament, Bonn 1994, S. 415.

¹²¹ Vgl. StALu, N 1, Nr. 151 sowie „Es gilt den Kampf“ (Anm. 108), S. 65 ff.

¹²² Vgl. Becker (Anm. 4), S. 84 ff.

¹²³ Vgl. Becker (Anm. 56), S. 405-431.

¹²⁴ Vgl. Nestler (Anm. 14), S. 379.

¹²⁵ Mündliche Auskunft Heinrich Müsel am 14. Juli 1995.

¹²⁶ Vgl. StALu, Y, SLu 58.

¹²⁷ Vgl. StALu, N 25, Nr. 151.

¹²⁸ Vgl. StALu, N 1, Nr. 53.

Polizeiakten als „KZ'ler“ abgewertet¹²⁹ und z.B. den Witwen von Eugen Herbst¹³⁰ und Otto Michel¹³¹ im „Kalten Krieg“ die *Wiedergutmachung eines Schadens am Leben* mit dem Verweis auf die Totalitarismustheorie zunächst abgelehnt, während den der Gestapo willfährigen Informanten eine Nachkriegskarriere offen stand.¹³² Erst ab den siebziger Jahren erfolgte eine differenzierte Perzeption des kommunistischen Widerstandes und nachfolgend auch erste kritische und methodisch fundierte Analysen für die Pfalz. Anhand der im Stadtarchiv Ludwigshafen neu zugänglichen Archivalien führender Handlungsakteure der pfälzischen KPD lässt sich diese nicht nur weiter vertiefen, sondern sie ermöglichen auch eine kritische Auseinandersetzung mit der unmittelbaren pfälzischen und bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte.

¹²⁹ Vgl. StALu, N 1, Nr. 166, Bl. 17.

¹³⁰ Vgl. StALu, N 25, Nr. 151.

¹³¹ Siehe Fußnote 69.

¹³² Vgl. StALu, Y, SLu 32.

Bildunterschriften

1-4:

3 Beispiele für von der KPD 1933 verwendete Beitragsmarken mit der dazugehörigen neutralen Mitgliedskarte.

5:

Aufruf der KPD zum Boykott der Reichstagswahl am 29. März 1933.

Quelle: StALu, 28 Nachlass Müller, Nr. 54